

# Die armenischen Parteien und das Jungtürkische Komitee für Einheit und Fortschritt

Posted on 6. Juni 2010 by Toros Sarian

Ohne eine Kenntnis der Vorgeschichte des Verbrechens, dem 1,5 Millionen Armenier zum Opfer fielen, erscheint das, was sich ab 1915 im Osmanischen Reich ereignete, vielleicht wie eine unvorhersehbare, unabwendbare „Katastrophe“. Politisch motivierte Verbrechen werden aber von politischen Kräften vorbereitet und durchgeführt. Weder das Komitee für Einheit und Fortschritt (Ittihat ve Terakki Cemiyeti) im Osmanischen Reich, noch später die Nationalsozialisten in Deutschland haben ihre Absichten gegenüber den ethnischen, religiösen und politischen Gruppen, die sie als ihre Feinde betrachteten, verborgen gehalten. Bereits bevor sie an die Macht gelangten, haben sie in ihren Publikationen und Erklärungen die Grundzüge ihrer Politik offen zum Ausdruck gebracht. Um zu verstehen, wie es Völkermord im Osmanischen Reich kommen konnte, muss vor allem die politische Entwicklung nach der „jungtürkischen Revolution“ von 1908 näher betrachtet werden.

Auch ist es wichtig, die Politik der verschiedenen armenischen politischen Kräfte zu untersuchen: Während manche die aufziehende „Katastrophe“ erkannten und versuchten dagegen etwas zu unternehmen, unterstützten andere diejenigen, die später für die verbrecherische Politik verantwortlich waren. Über die unterschiedliche Haltung der armenischen Parteien gegenüber dem Komitee für Einheit und Fortschritt, das 1908 an die Macht gelangte, ist wenig bekannt. Waren die armenischen Parteien wirklich separatistisch oder verräterisch, wie sie von der offiziellen türkischen Geschichtsschreibung dargestellt werden? Und welche Politik verfolgte das jungtürkische Komitee gegenüber den Armeniern und ihren Parteien?

## Die armenischen Parteien und das Komitee für Einheit und Fortschritt

Nach dem Berliner Kongress im Juli 1878, wo sich die osmanische Regierung verpflichtet hatte „unverzüglich die Verbesserungen und Reformen zu

verwirklichen“, um die Lebensverhältnisse der von den Armeniern bewohnten Provinzen des Reiches zu verbessern, trat kein Wandel ein. Statt der erhofften Verbesserungen und Reformen nahm die Unterdrückung der armenischen Bauern noch mehr zu, Willkür und Gewalt machten ihr Leben unerträglich. Etwa zehn Jahre warteten die Armenier vergeblich auf die Umsetzung der auf dem Berliner-Kongress versprochenen Reformen. Danach setzte sich bei ihnen immer mehr die Überzeugung durch, dass sie für ihre Rechte selber kämpfen mussten. In der Schweiz gründeten einige Armenier 1887 die Sozialdemokratische Hntschak Partei (SDHP), die erste sozialistisch orientierte armenische Partei.

In Tiflis wurde dann 1890 die Armenische Revolutionäre Föderation (Daschnakzutiun) gegründet. Versuche, die beiden Parteien zu vereinigen scheiterten. Die ARF erlebte innerhalb kurzer Zeit einen großen Aufschwung und wurde zur bedeutendsten armenischen Partei. Sie hatte einen entscheidenden Einfluss auf die politische Entwicklung unter den Armeniern sowohl im Osmanischen Reich als auch im zaristischen Russland. Im Gegensatz zur SDHP, die für ein unabhängiges, vereintes Armenien kämpfte, setzte sich die ARF nur für eine „umfassende Autonomie“ unter osmanischer Herrschaft ein. Auf dem 4. Parteikongress im April 1907 wurde ein sozialistisches Parteiprogramm angenommen und die ARF wurde Mitglied der Sozialistischen Internationale.

In jenen Jahren formierte sich auch unter den Türken Widerstand gegen die despotische Herrschaft Sultan Abdul Hamids. Die Mitglieder dieser Oppositionsbewegung waren von den politischen und philosophischen Strömungen in Europa beeinflusst. Mit politischen Reformen wollten sie das vom Zerfall bedrohte Reich retten. Das 1889 von Studenten der medizinischen Fakultät der Militärakademie in Konstantinopel gegründete Komitee für Einheit und Fortschritt wurde zur wichtigsten Organisation innerhalb der jungtürkischen Bewegung. Sie spielte bei der Entwicklung des türkischen Nationalismus eine herausragende Bedeutung.

Zwischen den im Exil lebenden jungtürkischen und armenischen Oppositionspolitikern gab es immer wieder Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen zum Sturz Abdul Hamids. Im Februar 1902 fand in Paris eine erste Versammlung statt, an der sowohl Jungtürken als auch Vertreter von Organisationen nichttürkischer Völker des Osmanischen Reiches teilnahmen. Während die SDHP der Einladung nicht folgte, nahm die ARF an dem Treffen teil. Auf ihre Initiative wurde im Dezember 1907 in Paris eine zweite Konferenz der verschiedenen Oppositionsgruppen durchgeführt. Die SDHP lehnte die Einladung ab und machte

ihrerseits der ARF den Gegenvorschlag, eine Konferenz aller armenischen Organisationen durchzuführen und eine gemeinsame Front im Kampf gegen Sultan Abdul Hamid zu bilden. Die damals einflussreichste armenische Partei entschied sich aber zugunsten eines Bündnisses mit den Jungtürken: „Selbst wenn alle armenischen Parteien sich vereinigen würden, könnten sie nichts erreichen, weil der Feind, dem sie gegenüberstehen, ist stärker, als sie sich vorstellen können. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, mit den Jungtürken zu einer Vereinbarung zu kommen, um das Ziel mit ihrer Hilfe zu erreichen“, hieß es in der Begründung der Ablehnung des Vorschlags der SDHP.

Als mit der „jungtürkischen Revolution“ im Juli 1908 die von Abdul Hamid außer Kraft gesetzte Verfassung von 1876 wiederhergestellt wurde, hofften die christlichen Völker im Osmanischen Reich, dass ihre Diskriminierung und Unterdrückung endlich beendet würde. Unter der Herrschaft Abdul Hamids hatten vor allem die Armenier gelitten. Den Massakern in den Jahren 1895/96 waren Hunderttausende von ihnen zum Opfer gefallen, viele hatten in den folgenden Jahren ihre Heimat verlassen und waren nach Amerika oder Europa ausgewandert. Zehntausende von Armeniern in den ländlichen Gebieten im Hochland von Armenien wurden zwangsweise islamisiert. Aufgrund der blutigen Unterdrückungspolitik während der Herrschaft Abdul Hamids ging der armenische Bevölkerungsanteil im Hochland von Armenien zurück, während gleichzeitig der Einfluss der kurdischen Feudalherren und Stammesführer noch stärker wurde.

## Die „Jungtürkische Revolution“ von 1908

Obwohl das Komitee für Einheit und Fortschritt und die ARF auf der Konferenz in Paris ein Bündnis im Kampf gegen die despotische Herrschaft Abdul Hamids eingingen, betrachteten viele Jungtürken die Armenier als Separatisten und damit Feinde der Einheit des Reiches. Dr. Behaeddin Sakir, ein führendes Mitglied des Komitees, der 1915 eine Schlüsselrolle beim Völkermord spielte, schrieb kurz nach dem Abkommen an einen Freund, das Bündnis mit dem „Todfeind“ sei taktisch und nur vorübergehend. Obwohl es also bereits vor 1908 genügend Anzeichen einer feindseligen Haltung der Jungtürken gegenüber den christlichen Völkern gab, wurden sie weitgehend ignoriert. Behaeddin Sakir bezeichnete die Ziele des Komitees bereits 1908 mit folgenden Worten: „Das Komitee für Einheit und Fortschritt will Zentralisation und Alleinherrschaft der Türken. Er will einen einheitlichen türkischen Nationalstaat, mit türkischen Schulen, türkischer Verwaltung, türkischer Rechtslage.“ Die Publikationen der Jungtürken propagierten

offen eine chauvinistische und rassistische Politik. Auf dem Kongress des Komitees in Saloniki 1911 wurden die entscheidenden politischen Weichen für die folgenden Jahre gestellt: Das Osmanische Reich mit seiner multiethnischen und religiösen Zusammensetzung sollte zu einem ethnisch und religiös homogenen, zentralistischen Staat unter der Herrschaft der Türken werden.

Im Gegensatz zur ARF erkannte die SDHP die von einer immer stärker werdenden türkisch-nationalistischen Politik ausgehende Gefahr und versuchte, dagegen etwas zu unternehmen. Im Februar 1912 hatte sie sich im Kampf gegen das Komitee mit der liberal-osmanischen Oppositionspartei „İtilaf ve Hürriyet“ (Einheit und Freiheit) verbündet. Das Komitee betrachtete die SDHP, die ihr gegenüber bereits vor der „Revolution“ eine ablehnende Haltung vertreten hatte, als ihren gefährlichsten Gegner unter den armenischen Parteien. Diese Einschätzung erwies sich als richtig: Angesichts der bedrohlichen Entwicklung beschloss die SDHP auf ihrem 7. Parteikongress in Konstanza (Rumänien) im September 1913 ein Attentat auf die Führung des Komitees. Ein armenischer Agent verriet den Plan und über 140 Hntschakisten wurden in Konstantinopel verhaftet. Am 15. Juni 1915 wurden 20 von ihnen auf dem Beyazit-Platz hingerichtet. Die Verhaftung zahlreicher Parteiaktivisten führte zu einer entscheidenden Schwächung der Partei.

Die ARF, die weitaus stärkere Organisation, hatte nach der „Revolution“ im Vertrauen auf die Versprechungen ihrer jungtürkischen Bündnispartner ihre bewaffneten Einheiten im Osmanischen Reich aufgelöst. Garo Sasuni, ein führender ARF-Politiker schreibt über die Politik nach der „Revolution“: „Die Daschnak-Partei gab sich mit den ihnen angebotenen politischen Freiheiten zufrieden und überließ die Lösung der Armenischen Frage dem osmanischen Staat. Im Programm der Daschnak-Partei hieß es, dass die umfassende Autonomie für das osmanische Armenien nur im gemeinsamen Bündnis mit dem osmanischen Staat verwirklicht werden könne. Die Daschnak-Partei ging davon aus, dass die Durchsetzung der staatsbürgerlichen Rechte und die Sicherheit des Lebens und Eigentums für die Armenier eine lebenswichtige Frage sei, die nur durch den Bestand der Verfassung gewährleistet werden könne.“

Auch nach den Massakern in Kilikien 1909, wo unter Beteiligung von Jungtürken und Armee-Einheiten unter Führung jungtürkischer Offiziere 30.000 Armenier neidergemetzelt wurden, hielt die ARF am Bündnis mit dem Komitee fest und hoffte, dass ihre jungtürkischen Verbündeten ihre Versprechungen doch noch erfüllen würden. Erst ab 1911 erkannte sie allmählich, dass Jungtürken nicht die Absicht hatten, den nichttürkischen Völkern des Reiches gleiche Rechte zu gewähren und

die unerträgliche Lage der armenischen Bauern in den östlichen Provinzen zu verbessern. Ab 1913 setzte die Partei ihre Hoffnungen deshalb wieder verstärkt auf die europäischen Großmächte. Im Februar 1914 stimmte die jungtürkische Regierung sehr widerwillig einem Abkommen zu, die Reformen in den östlichen von den Armeniern vorsahen. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich am Horizont bereits der 1. Weltkrieg ab.

Als Anfang August 1914 in Erzurum der 8. Partei-Kongress der ARF tagte, hatte der 1. Weltkrieg bereits begonnen. Behaeddin Sakir, der mit einer Delegation in Erzurum erschien, versuchte die ARF Führung dazu zu bewegen, im russischen Teil Armeniens einen Aufstand gegen die Russen zu organisieren. Obwohl die Parteiführung zu diesem Zeitpunkt vermutlich nichts über das am 2. August abgeschlossene deutsch-türkisches Geheimabkommen wissen konnte, dürfte sie erkannt haben, das die türkische Regierung die Absicht hatte, auf deutscher Seite in den Krieg einzutreten. In einer letzten Loyalitätsbekundung versicherten sie denen, die bereits das Todesurteil über das armenische Volk gefällt hatten, dass die armenischen Bürger des Osmanischen Reiches im Falle eines Kriegeseintritts ihre „vaterländische Pflicht“ erfüllen würden.

Die armenischen Soldaten, die Anfang 1915 entwaffnet wurden und in Arbeitsbataillonen dienen mussten, wurden – wenn sie die unmenschlichen Bedingungen überlebten – nach vollendeter Arbeit abgeschlachtet. Nachdem die führenden armenischen Politiker und Intellektuellen am 24. April und den darauf folgenden Tagen und Wochen verhaftet und ermordet wurden, begann die Regierung mit der Umsetzung ihres Vernichtungsplans. Die berüchtigte Spezialorganisation (Teskilati Mahsusa) spielte dabei eine besondere Rolle. An ihrer Spitze stand Behaeddin Sakir.

[1] Arsen Avagyan, Gaidz F. Minassian, *Ermeniler ve Ittihat ve Terakki*, Istanbul 2005, S. 23

Anahide Ter Minassian in: *Socialism and Nationalism in the Ottoman Empire 1976-1923*, London, S. 136

Garo Sasuni, *Kürt Ulusal Hareketlerin ve Ermeni-Kürt İlişkileri*, Stockholm 1986, S. 136

